

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

MWST-Sondersatz für Hotellerie verspätet

Der Zeitplan für die Einführung eines MWST-Sondersatzes für die Hotellerie kann nicht eingehalten werden. Das Parlament will die Vorlage nicht wie vom Bundesrat gewünscht bereits in der Herbstsession verabschieden, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten.

Schwyz, Freiburg und Zug wachsen am stärksten

Seit 1990 haben die Kantone Schwyz, Freiburg und Zug am meisten Zuwachs aus anderen Kantonen erhalten. Umgekehrt verzeichneten Appenzell-Innerrhoden, Uri und Basel-Land am meisten Wegzüge, teilte das BFS gestern mit. Das Wachstum der Bevölkerung war zu 65 Prozent auf Einwanderungen zurückzuführen. 1994 wurden 420 900 Wanderungsbewegungen zwischen Gemeinden gezählt. Bei 73 Prozent der handelte es sich um Wohnsitzwechsel innerhalb des gleichen Kantons.

Qualitativ bessere Ökoflächen gefordert

Der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) fordert qualitativ bessere Ökoflächen. Mehrheitlich würden für die Extensivierung naturschutzlicher uninteressante Hänge für Ausgleichszahlungen angemeldet. Die Ökobeiträge drohten deshalb eines ihrer beiden Ziele zu verfehlen, warnt der SBN. Ökobeiträge müssten die biologische Vielfalt erhöhen und dürften nicht nur die abnehmenden Einkommen der Landwirte ausgleichen, forderte der SBN gestern.

Die Swissair leiht überschüssige Piloten an andere Airlines aus

Die Swissair will überschüssige Piloten an andere Airlines ausleihen. Kontakte mit Fluggesellschaften fanden bereits statt teilte die Swissair gestern mit. Noch keine Einigung gibt es im Streit um einen neuen GAV mit dem Pilotenverband. Die Swissair wird in den nächsten Jahren bis zu 200 Piloten zu viel haben weil die Fokker-100-Flotte ausscheidet und Produktivitätssteigerungen beim Cockpitpersonal angestrebt werden.

Grundstücke sind nur zu einem kleinen Teil neu vermessen

Die Regierung nimmt zu einer Interpellation des Landtages aus dem Jahre 1989 über die Grundbesitzverhältnisse in Liechtenstein Stellung

(mö) - Vor allem aufgrund personeller und finanzieller Konsequenzen hat die Regierung bislang davon abgesehen, umfassende Erhebungen zu den Grundbesitz-Verhältnissen in Liechtenstein durchzuführen, wie sie in einer Interpellation des Landtages vom Juni 1989 gefordert worden waren. Dies geht aus einer Stellungnahme der Regierung hervor, die erst jetzt - mehr als sechs Jahre nach Einreichung der Interpellation - im Zusammenhang mit einem Antrag zur Abänderung des Grundverkehrsgesetzes veröffentlicht wurde.

Die Fragen, die verschiedene Abgeordnete damals in ihrer Interpellation an die Regierung richteten, betrafen insbesondere das Grundverkehrsgesetz, die Eigentumsverhältnisse nach Erwerbsart und Lage der Grundstücke gemäss Zoneneinteilung sowie die Qualifikation der Eigentümer (natürliche/juristische Personen, Inländer/Ausländer und andere). Die Öffentlichkeit sollte dadurch - so die Vorstellung der Interpellanten - die Möglichkeit erhalten, sich besser über die Auswirkungen des Grundverkehrsgesetzes zu informieren.

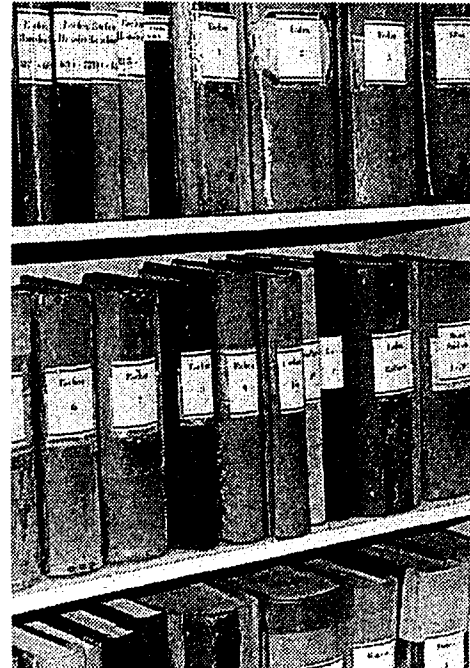
Rund 38 000 Grundstücke

Die Regierung benutzt die nunmehr dem Landtag unterbreitete Abänderung des Grundverkehrsgesetzes (das VOLKSBLATT berichtete am Donnerstag darüber), um auf die Schwierigkeiten bei der Beantwortung der Interpellation und auf die zwischenzeitlich getroffenen

Massnahmen im Hinblick auf die künftige Einführung der EDV beim Grundbuch hinzuweisen. Nach Darstellung der Regierung sind im Grundbuchamt insgesamt rund 38 000 Grundstücke eingetragen. Abklärungen des Grundbuchamtes haben ergeben, dass sich der Zeitaufwand für die geforderten Erhebungen bei den betroffenen Amtsstellen und für die EDV-Erfassung auf acht Minuten pro Grundstück belaufen würde. Daraus resultiert ein zeitlicher Gesamtaufwand von rund 5000 Stunden, der dem Arbeitseinsatz eines Mitarbeiters von rund dreieinhalb Jahren entsprechen würde. Die ständig eintretenden Mutationen würden zu weiteren Verzögerungen führen. Die damaligen Überprüfungen haben laut Regierungsbericht ergeben, dass sich die Kosten für die Beschaffung der Unterlagen für die Interpellationsbeantwortung auf rund 250 000 Franken belaufen würden.

EDV-Einsatz beim Grundbuch

Insbesondere aufgrund dieser personellen und finanziellen Konsequenzen hat die Regierung nach eigenen Angaben zum damaligen Zeitpunkt davon abgesehen, diese Erhebungen durchführen zu lassen. Andererseits wurden inzwischen diverse Massnahmen für den Einsatz der EDV beim Grundbuch getroffen. Für die erste Phase der EDV-Einführung wurden die Kosten in Höhe von rund 400 000 Franken bewilligt. Mit der vorgesehenen Abänderung des Sachenrechtes



Im Liechtensteiner Grundbuchamt sind insgesamt rund 38 000 Grundstücke eingetragen. Künftig soll das Grundbuch über EDV geführt werden.

Neuvermessung braucht Zeit

Die EDV-mässige Führung des Grundbuches ist laut Regierung unmittelbar abhängig von der Neuvermessung und der daran anschliessenden Bereinigung des Grundbuches. «Es muss heute aber festgestellt werden», heisst es in der Stellungnahme an den Landtag, «dass die Grundstücke in Liechtenstein nur zu einem sehr kleinen Teil neu vermessen sind». Obwohl in den letzten Jahren mehrere Vermessungslose abgeschlossen werden konnten, waren gemäss einem Bericht des Landgerichtes von 1994 landesweit nur 36,9 % aller Grundstücke neu vermessen. So werden praktisch alle in den Unterländer Gemeinden gelegenen Grundstücke nach wie vor im Altkataster geführt. Aufgrund der bisher bescheidenen Fortschritte bei der Neuvermessung in unserem Land wird es gemäss Angaben der Regierung noch mehrere Jahre bis zum Abschluss der Neuvermessung dauern. Erst zu jenem Zeitpunkt werde eine ganzheitliche Bereinigung und damit Übernahme des Grundbuches auf EDV möglich sein. Dann könnten auch Fragen, wie sie in der Interpellation gestellt wurden, ohne grossen administrativen und zeitmässigen Aufwand und ohne hohe Kosten beantwortet werden, bemerkt die Regierung. Um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen, werde es in den kommenden Jahren aber notwendig sein, die Grundbuchvermessung weiter voranzutreiben.

Teilkredit von 3 Mio. zur Vorfinanzierung der Unwetter-Kosten

Regierung beantragt beim Landtag diverse Nachtragskredite zum Budget 1995 mit einem zusätzlichen Ausgabenrahmen von 4,6 Mio. Franken

(mö) - Zum zweiten Mal in diesem Jahr ersucht die Regierung den Landtag um Gewährung diverser Nachtragskredite. Der jetzt vorliegende summarische Nachtrag zum Landesvoranschlag 1995 umfasst insgesamt zwölf Kreditpositionen mit einem zusätzlichen Ausgabenrahmen von 4.613 Mio. Franken. Davon entfallen knapp 3,3 Mio. Franken oder 70,3 % auf laufende Ausgabenverpflichtungen.

Betragsmässig ins Gewicht fallen insbesondere der vorläufig zur Genehmigung beantragte Teilkredit von 3 Mio. Franken für die Behebung der Unweterschäden vom 31. Juli 1995 sowie der Nachtragskredit von 1,1 Mio. Franken für die Erweiterung des Leitungsnetzes im Fernmeldebereich durch den notwendigen Ausbau einer Verbindungsleitung von Vaduz ins Unterland.

Vorfinanzierung der Kosten

Neben den direktgeschädigten Privatpersonen hat das schwere Unwetter über dem Gebiet Steg-Triesenberg-Triesen auch zahlreiche Verwüstungen an Rufeverbauungen und an Schutzvorkehrungen im Alpengebiet angerichtet, deren Umfang zurzeit inventarisiert wird. In Absprache mit den betroffenen Gemeinden und den Versicherungsgesellschaften wird das Land vorläufig die aus der Schadensbehebung erwachsenden Kosten vorfinanzieren. Sobald der Umfang der Kosten abschätzbar ist, werden laut Regierung weitere Verhandlungen über die Teilung der Aufwendungen zwischen Land, Gemeinden und Versicherungen notwendig sein. Dabei werde zweifellos auch auf die Mittel des Landeshilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden zurückzugreifen sein, «um unzumutbare Belastungen für besonders geschädigte Privatpersonen zu vermeiden», schreibt die Regierung.

gen im Alpengebiet angerichtet, deren Umfang zurzeit inventarisiert wird. In Absprache mit den betroffenen Gemeinden und den Versicherungsgesellschaften wird das Land vorläufig die aus der Schadensbehebung erwachsenden Kosten vorfinanzieren. Sobald der Umfang der Kosten abschätzbar ist, werden laut Regierung weitere Verhandlungen über die Teilung der Aufwendungen zwischen Land, Gemeinden und Versicherungen notwendig sein. Dabei werde zweifellos auch auf die Mittel des Landeshilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden zurückzugreifen sein, «um unzumutbare Belastungen für besonders geschädigte Privatpersonen zu vermeiden», schreibt die Regierung.

Konkreter Bericht bis Oktober

Der jetzt beantragte Nachtragskredit von 3 Mio. Franken ist laut Regierung nicht als abschliessender Aufwand zu betrachten. Er solle der Regierung die Ermächtigung geben, die anfallenden Kosten vorzufinanzieren bzw. anteilig zu übernehmen. Die Regierung hofft, bis zur Landtagssitzung vom Oktober einen



Für die Behebung der Unweterschäden vom 31. Juli beantragt die Regierung vorläufig einen Teilkredit von 3 Mio. Franken. Besonders arg betroffen wurde der Weiler Sütigerwies in Triesenberg (Bild).

konkreten Bericht über das Ausmass der Schäden und die Deckung der Kosten abgeben zu können. Bis zum heutigen Zeitpunkt

würden Rechnungen im Umfang von 1 Mio. Franken zur Begleichung vorliegen.

Schweizer Hotellerie erlebte miserablen Juli

Logiernächtezahl trotz Schönwetterlage stark gesunken

Bern (AP) Die Schweizer Hotellerie hat diesen Sommer den schlechtesten Juli seit 1958 erlebt. Trotz ausgesprochenen Schönwetterlage nahm die Zahl der Logiernächte gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um acht Prozent auf 3,55 Millionen Übernachtungen ab, wie das BFS gestern mitteilte.

Der Rückgang der Logiernächte im ersten Halbjahr 1995 setzte sich im Juli fort. Gemäss ersten provisorischen Ergebnissen des Bundesamtes für Statistik (BFS) nahmen die Hotelübernachtungen um 319 000 oder acht Prozent gegenüber Juli 1994 ab. Dieses Resultat liegt um elf Prozent unter dem durchschnittlichen Juli-Ergebnis der letzten zehn Jahre und ist das schlechteste seit 1958. Die Abnahme resultierte trotz ausgesprochenen Schönwetterlage, wie das BFS schreibt.

Die inländische Nachfrage verringerte sich im Berichtsmonat um 64 000 Logiernächte oder 4,3 Prozent auf 1,43 Millionen Übernachtungen, während die ausländische Logiernächtezahl um 245 000 oder 10,3 Prozent auf 2,12 Millionen Übernachtungen zurückging. Die sinkende Nachfrage aus dem Ausland wurde hauptsächlich durch die negative Entwicklung der europäischen Gästezahlen (-13,3 Prozent) bestimmt, während sich der Rückgang aus Übersee dank einer positiven Buchungstätigkeit der Japaner in Grenzen hielt (-2,7 Prozent). Ausgeblieben sind vor allem die Gäste aus Italien (-29,4 Prozent), Grossbritannien (-20,9 Prozent), den Niederlanden (-13,1 Prozent), Deutschland (-13,0 Prozent), den USA (-9,5 Prozent) und aus Belgien (-9,2 Prozent).

Massive Neat-Abstriche auch in Ostschweiz

In der Ostschweiz wird bereits mit dem Referendum gedroht.

Bern (AP) Die Neat soll mit massiven Abstrichen insbesondere am Lötschberg und bei der Integration der Ostschweiz ins finanzielle Lot gebracht werden. Dies schlägt eine Arbeitsgruppe des Schweizer Bundesrates vor. In der Ostschweiz wird bereits mit dem Referendum gedroht.

Der Basistunnel am Lötschberg soll entweder nur einspurig oder aber zweispurig und dafür erst in 20 Jahren gebaut werden. Auf den Bau des Hirzeltunnels zur Integration der Ostschweiz wird ganz verzichtet. Weiter soll auch auf den Ausbau aller Zufahrtsstrecken vorerhand verzichtet werden. Dies sind die Hauptempfehlungen der Arbeitsgruppe des Bundesrates, der Vertreter des EFD, des EVED und der SBB angehören. Ziel der Übung war es, die Kosten für die Neat um

mindestens fünf Milliarden Franken zu senken. An der Netzvariante, so betont die Arbeitsgruppe, werde zwar grundsätzlich festgehalten, das ursprüngliche geplante Vollprojekt sei aber vom Tisch. Der Bundesrat wird voraussichtlich am kommenden Mittwoch über das weitere Vorgehen entscheiden.

Aus insgesamt 16 geprüften Varianten empfiehlt die Arbeitsgruppe dem Bundesrat zwei. Die «Variante 5» sieht vor, den Lötschberg-Basistunnel nur einspurig mit einem zusätzlichen Dienststellen, aber zeitgleich mit dem Gotthard-Basistunnel zu bauen. Die «Variante 8» sieht eine Etappierung vor. Zunächst sollen nur die Tunnel durch Gotthard, Ceneri und Zimmerberg gebaut, erst später dann auch der Lötschberg - zweispurig - in Angriff genommen werden.

federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
BUCHS UND VADUZ

aktuelle Themen

- Gemütlicher Nachmittag im Betagtenwohnheim Vaduz.....2
- FBP-Präsident Dr. Norbert Seeger.....3
- Leserservice.....4
- Flur und Name: Gaffei, Vaduz.....4
- Fussball-Vorschau.....13
- Leichtathletik: Randy Barnes in Schaan.....15
- Massenhochzeit: 70 000 mal «Ja».....24